

Michael Hüther

Woher kommt der Aufschwung?

Der aktuelle Aufschwung hat eine lange Vorgeschichte. Inwieweit spielen dabei die Wiedervereinigung und die Europäische Währungsunion eine Rolle? Wie entwickelten sich die Indikatoren Beschäftigung und Industrieproduktion während des Konjunkturzyklus? Welchen Einfluss hatte die Wirtschaftspolitik auf die Entstehung des Aufschwungs?

Konjunktur und Konjunkturwahrnehmung laufen seit einiger Zeit in Deutschland bemerkenswert asynchron. Lange wurde der Aufschwung nicht wahrgenommen und in seiner Intensität unterschätzt. Nun wird öffentlich Rezessionsstimmung artikuliert, obgleich die deutsche Wirtschaft sich relativ stabil entwickelt und dies in Fachkreisen die sicherlich übertriebene Frage nährt, ob eine Abkopplung von den rezessiven Trends in der Weltwirtschaft möglich sei. Die Einschätzung der konjunkturellen Entwicklung und der Perspektiven kann diese Dissonanzen nicht ignorieren. Dies gehört bereits zu dem Versuch, die gestellte Frage nach dem Woher des Aufschwungs angemessen zu beantworten.

Dieser Aufschwung, das äußert sich in den besonderen Wendungen der Konjunkturwahrnehmung und -stimmung, hat eine spezielle Vorgeschichte. Der Aufschwung ist nicht der Rückprall einer tiefen rezessiven Anpassung bei allen gesamtwirtschaftlichen Aggregaten und der Beschäftigung, wie es in früheren Zyklen der Fall war (vgl. Abbildung 1). Eine rein zyklische Bewegung besitzt eine gewisse Unvermeidlichkeit der Korrektur – Lageranpassungen, Produktionseinschränkungen und Beschäftigungsabbau erreichen nach einer gewissen Phase eine Bodenbildung und leiten dann die Erholung ein, wenn sich die Ertragslage wieder stabilisiert und die Diversifizierung der Nachfrage ihre Abfederungswirkung entfaltet.

Die Vorgeschichte dieses Aufschwungs greift weit in die neunziger Jahre zurück. Die wirtschaftlichen Folgen der Wiedervereinigung und die Konvergenzeffekte der europäischen Währungsintegration haben Anpassungslasten im Strukturwandel ausgelöst, die nicht kurzfristig zu beantworten waren. Beide Zusammenhänge waren dadurch ausgezeichnet, dass durchaus gravierende ökonomische Belastungen am Anfang standen, während die Entlastungen erst mit großer Verzögerung eintraten.

Die Wiedervereinigung erforderte aus dem Stand eine Transferleistung der westdeutschen Volkswirtschaft,

die auf jährlich 5% des nominalen Bruttoinlandsprodukts geschätzt wurde. Die Neustrukturierung der Wertschöpfung in den neuen Bundesländern, vor allem die Entstehung einer industriellen Exportbasis, benötigte einfach Zeit. Die zehnjährige Krise der Bauwirtschaft hatte ihre eigene Kraft. Die Vorteile der Arbeitsteilung und der Innovation im größeren Raum haben erst allmählich begonnen zu greifen.

Die monetäre Konvergenz hat in den neunziger Jahren vor allem den anderen prospektiven Mitgliedsländern der Europäischen Währungsunion genutzt, deren Inflationsvolatilität und damit Realzinsen sanken, nachdem sich ihre Teilnahme zunehmend als glaubwürdig erwies. Der für die deutsche Volkswirtschaft positive Effekt der Wechselkursstabilisierung in Europa, und damit der Vermeidung von Währungsturbulenzen wie im Herbst 1992 und 1993, ist erst jetzt greifbar.

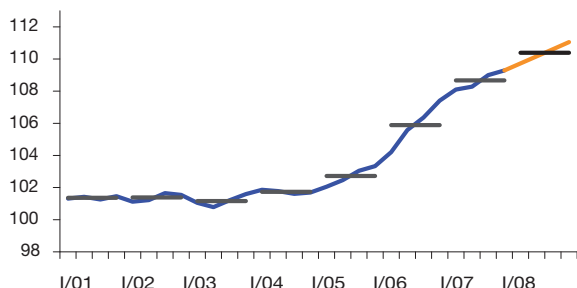
Vor diesem Hintergrund sind die neunziger Jahre für Deutschland insgesamt wirtschaftlich eher schwierige Jahre gewesen. Dazu hat auch beigetragen, dass reformpolitisch aus unterschiedlichen Gründen kaum etwas passierte, die Anpassungslasten in Form verschlechterter Angebotsbedingungen also nicht an anderer Stelle – beispielsweise durch eine umfassende Unternehmensteuerreform oder strukturelle Sozialreformen – kompensiert wurden. Die Senkung der Spitzensteuersätze in der Einkommen- und der Körperschaftsteuer in den Jahren 1994 und 1999 sowie die steuerliche Freistellung des Existenzminimums ab dem Jahre 1993 konnten dies nicht leisten. Ausufernde Staatsdefizite ließen künftige Abgabensteigerungen erwarten. Hohe, beschäftigungsschädliche Lohnsteigerungen bis zur Mitte der neunziger Jahre beförderten Zweifel an der Zukunftsfähigkeit des Flächentarifvertrags. Der Aufschwung zum Ende der neunziger Jahre erschien angesichts der schon länger anhaltenden kräftigen Entwicklung in der Weltwirtschaft eher unvermeidlich und war weniger Reflex einer volkswirtschaftlichen Eigenleistung. Die angebotsseitigen Anpassungslasten waren noch nicht erbracht und erst recht nicht verarbeitet.

In diese Situation brach die multiple Krise zu Beginn des neuen Jahrtausends ein: das Platzen der New-

Prof. Dr. Michael Hüther, 45, ist Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft in Köln.

Abbildung 1
Entwicklung des BIP in Deutschland

(Preis-, saison- und arbeitstäglich bereinigt (SA), Index 2000 = 100)



Quelle: Statistisches Bundesamt, IW Köln.

Economy-Blase ab dem Jahr 2000 mit erheblichen Vermogenswerteffekten und der daraus folgenden rezessiven Entwicklung in den Vereinigten Staaten; der 2000 beginnende Anstieg der Ölpreise, die Terrorattacken des 11. September 2001 und der Afghanistan-Krieg; die Bilanzskandale Enron und Worldcom im Jahr 2002 sowie schließlich der Irakkrieg im Jahr 2003. Innerhalb kurzer Zeit – kaum drei Jahre – hatte die Weltwirtschaft ein hohes, in dieser Dichte bemerkenswertes Maß an Verunsicherung zu verkraften. Dabei wirkten exogene politische Schocks zusammen mit fundamentalen Verwerfungen im ökonomischen System.

Diese extreme Verunsicherung hat Investoren und Konsumenten über eine beachtliche Risikopremie gleichermaßen getroffen und in ihren Ausgabeplanen zurückhaltend sein lassen. Das Ergebnis war eine anhaltende Stagnation in der deutschen Volkswirtschaft, und

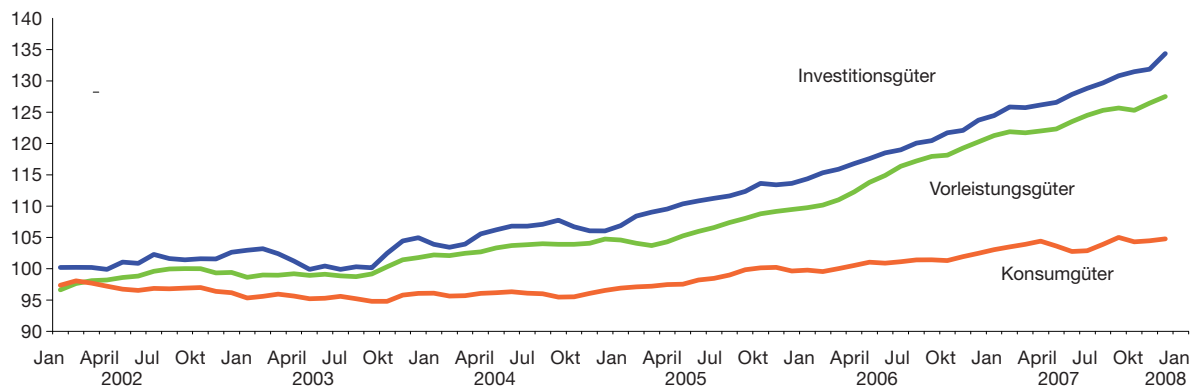
nicht etwa ein scharfer, aber kurzer rezessiver Einbruch. In einer Stagnation verlchtigt sich schnell die Phantasie, dass es auch wieder grundlegend besser werden kann. Das Misstrauen hinsichtlich der Wachstumskraft der eigenen Volkswirtschaft, die ja schon in den ganzen neunziger Jahren zweifelhaft war, konnte nicht schnell geheilt werden. Auch die Wirtschaftspolitik vermochte es nicht, kompensatorisch Vertrauen zu schaffen. Zudem lag die Erfahrung einer kräftigen, mehrere Jahre anhaltenden Aufschwungphase lange zurück. Das Diktum vom „kranken Mann Europas“ beeinträchtigte die Stimmung anhaltend nach der Jahrtausendwende. So lastete auf einer möglichen wirtschaftlichen Erholung eine nicht unbedeutende Wahrnehmungssperre. All dies führt dazu, dass nun – wo die Risiken für einen Abschwung greifbar werden – der Blick auf die Konjunktur mehr Klärungsbedarf begründet als gewöhnlich. Die Frage nach dem Woher impliziert die tiefer liegende Frage nach dem Typus des Aufschwungs. Es schließt sich die Frage nach den Potentialwirkungen einerseits und die nach dem Beitrag der Wirtschaftspolitik andererseits an. Am Ende steht das Interesse nach der adäquaten wirtschaftstheoretischen Verortung.

Zur Anatomie des Aufschwungs

Die Datierung des Zeitpunkts, zu dem der Aufschwung begann, ist strittig. Schon das deutet darauf hin, dass dieser Zyklus ein besonderer ist. Während einige Institutionen den Aufschwung erst im Jahre 2006 mit dem Anstieg sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung beginnen sehen, verweisen andere auf einen früheren Start. Tatsächlich spricht einiges dafür, dass bereits zur Jahresmitte 2003 auch die deutsche Volkswirtschaft – wengleich mühsam und zögerlich –

Abbildung 2
Industrieproduktion in Deutschland

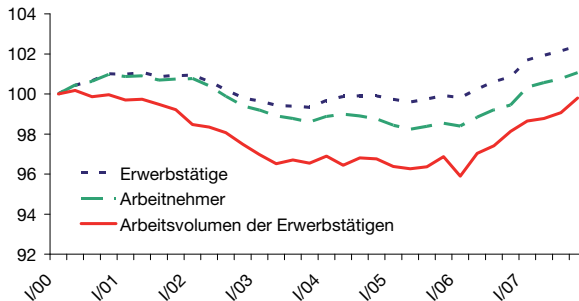
(Preis- und saisonbereinigte Werte, gleitender Drei-Monatsdurchschnitt, Index 2000 = 100)



Quelle: Statistisches Bundesamt, IW Köln.

Abbildung 3
Beschäftigung in Deutschland

(Saisonbereinigte Quartalswerte, Index 1. Quartal 2000 = 100)



Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit.

wieder auf Expansionskurs ging.¹ Dies lässt sich am saisonbereinigten Verlauf des quartalsmäßigen Bruttoinlandsprodukts und an der Entwicklung der monatlichen Industrieproduktion im Bereich der Vorleistungsgüter und der Investitionsgüter erkennen (vgl. Abbildung 2). Ebenso zeigen Indikatoren für den Arbeitsmarkt (Anzahl der Erwerbstätigen, Arbeitsvolumen), dass im ersten Halbjahr 2003 der Tiefstand erreicht war und danach zunächst eine Seitwärtsbewegung einsetzte; überdies stiegen nach der Jahresmitte 2003 die Zugänge in Arbeitslosigkeit nicht mehr an, sondern wurden rückläufig (vgl. Abbildung 3).

Der Blick auf den Arbeitsmarkt lässt teilweise erkennen, warum dieser Aufschwung mit Wahrnehmungsproblemen verbunden war. Denn der Aufbau neuer Beschäftigung vollzog sich in drei Phasen. Auch als Reflex neuer gesetzlicher Regelungen expandierten zunächst die geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse (Mini- und Midi-Jobs).² In einer zweiten Phase wurde die gewonnene Flexibilität beim zeitlichen Einsatz der Arbeitskräfte genutzt.³ Erst in einer dritten Stufe stieg dann die Anzahl sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze an, dabei ging dies am Anfang in nicht unerheblichem Maße auf die Zeitarbeit zurück, die einen wahren Boom erlebte. Was aus Sicht der Unternehmen eine Konsequenz der nachwirkenden hohen Verunsicherung über die gesamtwirtschaftlichen Perspektiven war, führte bei den Beschäftigten zu der Wahrnehmung eines sehr selektiv wirkenden Aufschwungs. Gleichwohl ist be-

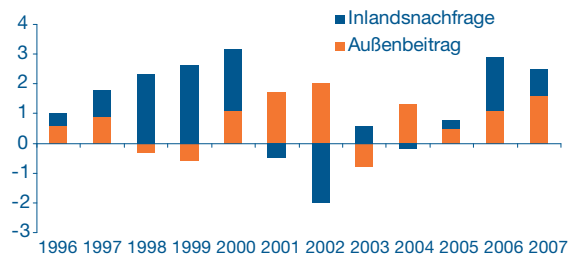
¹ Vgl. M. Grömling, A. Plünnecke, B. Scharnagel: Was trägt die Politik zum Aufschwung bei?, in: IW-Trends, Vierteljahresschrift für empirische Wirtschaftsforschung, Jg. 34, H. 3, 2007, S. 43 f.

² Vgl. K. Brenke, K. F. Zimmermann: Reformagenda 2010 – Strukturereformen für Wachstum und Beschäftigung, in: DIW Wochenbericht, Nr. 11, 2008, S. 120.

³ Vgl. Chancen für ein anhaltendes Wachstum, IW-Konjunkturprognose Frühjahr 2007, in: IW-Trends, Jg. 34, H. 2, 2007, S. 23.

Abbildung 4
Wachstumsbeiträge zum Bruttoinlandsprodukt in Deutschland

(Angaben in Prozentpunkten)



Quelle: Statistisches Bundesamt.

achtenswert, dass am Arbeitsmarkt – gemessen an der Relation der registrierten Arbeitslosen zu gemeldeten wie ungemeldeten offenen Stellen – im Jahre 2007 eine extrem positive Situation erreicht wurde.⁴

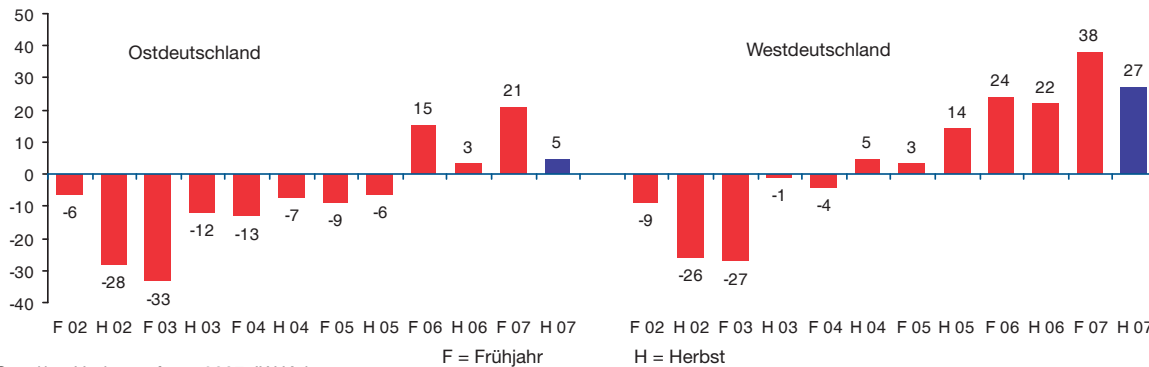
Auch wenn im März 2008 drei Jahre nach ihrem Höchststand (mit 5,1 Mio. als arbeitslos registrierten Personen) die Arbeitslosigkeit um 1,6 Mio. Personen niedriger lag, dominiert die Einschätzung, der Aufschwung komme bei den Menschen nicht an. Dies hat wesentlich mit der erlebten Selektivität zu tun. Deshalb muss auch nicht erstaunen, dass die Entwicklung der Risikosorgen zwar 2004 den Höhepunkt erreichte, sich aber seitdem nur leicht zurückbildete.⁵ Es gehört zu den Besonderheiten dieses Aufschwungs, dass er trotz seiner beachtlichen Wirkungen am Arbeitsmarkt in weiten Kreisen der Bevölkerung kaum anerkannt wird. Und selbst der im OECD-Vergleich beachtliche Anstieg der Erwerbstätigkeit älterer Arbeitnehmer (im Alter von 55 bis 64 Jahren) um über zehn Prozentpunkte von 2003 bis 2007 wurde nicht als Erfolg, sondern als Ausdruck erhöhter Zumutung bewertet.

In diesen Kontext gehört auch der Hinweis auf die Wachstumsbeiträge der Inlandsnachfrage und des Außenbeitrags (vgl. Abbildung 4). Tatsächlich haben wir insbesondere beim privaten Verbrauch phasenweise – so in den Jahren 2001 und 2002 – eine Rezession erlebt. Die Ausgabenneigung der privaten Haushalte war vor allem angesichts der sich verschärfenden Sorgen um den Arbeitsplatz sehr zurückhaltend. Um die Jahrtausendwende hat sich das Muster der Wachstumskräfte nahezu gedreht. In der zweiten Hälfte der neunziger Jahre spielte die Inlandsnachfrage eine dominieren-

⁴ Vgl. Chancen für ein anhaltendes Wachstum, in: IW-Trends, Jg. 34, H. 2, 2007, S. 29.

⁵ Vgl. DIW: Schrumpfende Mittelschicht – Anzeichen einer dauerhaften Polarisierung der verfügbaren Einkommen, in: DIW Wochenbericht, Nr. 10, 2008, S. 107.

Abbildung 5
Investitionsabsichten in Ost- und Westdeutschland
 (Saldo zwischen positiven und negativen Erwartungen in Prozentpunkten)



Quelle: Herbstumfrage 2007, IW Köln.

de Rolle, und der Außenbeitrag fiel entweder kaum ins Gewicht oder war – wie in den Jahren 1998 und 1999 – sogar negativ. Ab dem Jahr 2000 hat hingegen die Außenseite mit Ausnahme des einen Jahres 2003 die gesamtwirtschaftliche Performance getragen. Erst in den Jahren 2006 und 2007 lief die deutsche Konjunktur kräftig auf beiden Motoren und erreichte damit die Kraft und Eigendynamik, die den Aufbau regulärer Beschäftigung ermöglichte.

Die Schwäche der Binnennachfrage hat einen Disput über deren Ursachen ausgelöst. So werden die schwachen Lohnsteigerungen seit dem Jahre 2000 als Ursache der Konsumflaute angesehen, die durch eine restriktive Finanzpolitik und Geldpolitik noch unterstützt worden sei.⁶ Richtig ist, dass die Lohnpolitik in Deutschland seit dem Jahre 1997 beschäftigungsorientiert war, indem der trendmäßige Produktivitätsspielraum nicht ausgeschöpft wurde. Nach Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln hat dies allerdings im Zeitraum bis 2007 zu 880 000 zusätzlichen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen geführt.⁷ Da – ermittelt für den Zeitraum 1992 bis 2006 – in Deutschland die Erwerbstätigenelastizität des Konsums mit 0,8 gut doppelt so hoch ist wie die Reallohnelastizität des Konsums mit rund 0,3, dominiert der Arbeitsmarkt den Konsum.⁸ Der im Frühjahr 2006 einsetzende Aufbau neuer sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse hat freilich erst mit Verzögerung die Basis für den privaten Verbrauch verbreitert. Die lange vorherrschende hohe Risikoeinschätzung äußert sich auch in der vergleichsweise hohen Sparquote. Dabei ist zu beachten,

⁶ Vgl. Der Abschwung kommt, in: IMK Report, Nr. 25, Dezember 2007, S. 9.

⁷ Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (iwd), Nr. 9, 2008, S. 3.

⁸ H. Lesch: Lohnpolitik, Beschäftigung und Konsum, in: IW-Trends, Jg. 34, Heft 1, 2007 1, S. 31-45.

dass der Steuerstaat zum Jahresanfang 2007 (Mehrwertsteuer, Versicherungssteuer) die privaten Haushalte durch steigende Konsumentenpreise belastet hat.

In einem relativ späten Stadium erreichte der Aufschwung die neuen Bundesländer; nach langer Zeit wurden hier erstmals im Frühjahr 2006 wieder positive Investitionsabsichten erhoben (vgl. Abbildung 5, linker Teil der Abbildung). Insgesamt machen die Investitionserwartungen der Unternehmen deutlich, wie schleppend dieser Konjunkturzyklus seine Basis verbreiterte – es ist ein verzögert sich entfaltender investitionsgetragener Prozess. Sektoral ist der Aufschwung durch die Industrie (Produzierendes Gewerbe ohne Bau) geprägt, während die Dienstleistungswertschöpfung lange Zeit stagnierte und erst ab dem Frühjahr 2006 expandierte. Die Bauwirtschaft erlebte 2005 nach nahezu zehnjähriger Schrumpfung eine Konsolidierung bei der Produktion, wobei die Beschäftigung in dieser Branche weiter schrumpfte. 2006 und 2007 unterstützte der Bau die gesamtwirtschaftliche Dynamik.

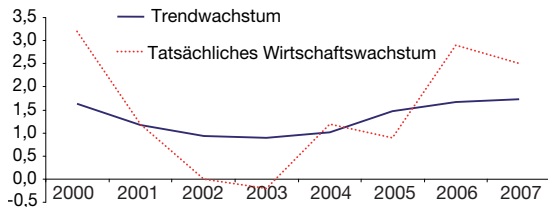
Alles in allem zeigt die Skizze des Aufschwungs, dass dieser ein besonderer ist: Er gründete auf einer anhaltenden Stagnation gesamtwirtschaftlicher Aktivität, er reflektiert den aus den neunziger Jahren aufgestauten Anpassungsbedarf aufgrund verschlechterter Angebotsbedingungen, er hat sich verzögert in den verschiedenen Aggregaten gezeigt, um dann aber am Arbeitsmarkt eine eindrucksvolle Kraft zu entwickeln. Angesichts der erstaunlichen Robustheit der deut-

⁹ Vgl. A. Scheuerle: Dem deutschen Produktionspotenzial auf der Spur, in: Konjunktur – Zinsen – Währungen, Aus der volkswirtschaftlichen Abteilung des DekaBank Konzerns, Frankfurt a.M., H. 3, 2005, S. 2 ff. (http://www.dekabank.de/globaldownload/de/economics/konjunktur_zinsen_waehrungen/kzw_September_2005.pdf).

¹⁰ Vgl. M. Grömling, A. Plünnecke, B. Scharnagel, a.a.O., S. 47; Deutsche Bundesbank: Fortschritte bei der Stärkung des gesamtwirtschaftlichen Wachstumspotenzials, in: Monatsbericht Oktober 2007, S. 35-45.

Abbildung 6
Wachstumspfad in Deutschland

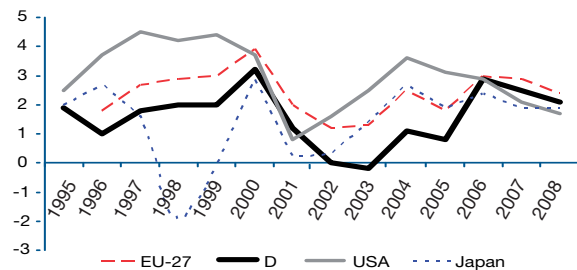
(Veränderung des tatsächlichen BIP gegenüber dem Vorjahr mit Trendwachstum, in %)



Quelle: M. Grömling, A. Plünnecke, B. Scharnagel: Was trägt die Politik zum Aufschwung bei?, in: IW-Trends, Vierteljahresschrift für empirische Wirtschaftsforschung, Jg. 34, H. 3, 2007, S. 43 f, S. 48.

Abbildung 7
Bruttoinlandsprodukt in ausgewählten Ländern

(Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)



Quelle: Eurostat.

schen Konjunktur im Umfeld einer zunehmend labileren Konjunktur in den Vereinigten Staaten stellen sich die Fragen nach den Potentialwirkungen und nach der Bedeutung der Wirtschaftspolitik.

Konjunktur und Strukturwandel

Der mühsam angelaufene Aufschwung hat ab dem Jahr 2006 gesamtwirtschaftlich eine Stärke und branchenbezogen eine Breite erreicht, die in erheblichem Widerspruch zu dem bis dahin ermittelten Wachstumspotential der deutschen Volkswirtschaft stehen. So ergaben unterschiedliche zeitreihenanalytische Berechnungen, dass durch die anhaltende Stagnation das Potentialwachstum bis zum Jahr 2003 auf 1% oder weniger abgesunken war.⁹ Am aktuellen Rand zeigt sich hingegen ein deutlich höheres Trendwachstum der deutschen Volkswirtschaft. Sowohl nach Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln als auch der Deutschen Bundesbank liegt dies mit 1¾% sogar über dem Wert im Jahre 2000 (vgl. Abbildung 6).¹⁰ Im Wesentlichen geht dieses Ergebnis auf die Stärkung einiger zentraler Wachstumstreiber zurück, die sich im makroökonomischen Modellkontext ermitteln lassen:¹¹ Arbeitslosigkeit, Unternehmensinvestitionen, staatliche Investitionen, Staatsdefizit und Gesamtabgabenquote. Im Zeitraum von 2003 bis 2007 wirkten insbesondere der Rückgang der Arbeitslosigkeit, die Belebung der Investitionen und Konsolidierungserfolge. Betrachtet man die dahinter stehenden Gründe, so lässt sich ein Drittel der Wachstumsstärkung auf politisch beeinflussbare Wachstumstreiber zurückführen.¹²

¹¹ Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Einflussfaktoren des wirtschaftlichen Wachstums in Industrieländern. Eine Analyse mit Paneldaten, in: Jahresgutachten 2002/03, Stuttgart 2002, S. 316 ff.

¹² Vgl. M. Grömling, A. Plünnecke, B. Scharnagel, aa.O., S. 49f.

Der Befund, dass Wirtschaftspolitik mit angebotsorientierten Reformen eine Wirkung erzielen kann, bestätigt sich auch beim genauen Blick auf den Arbeitsmarkt.¹³ So ist in diesem Zyklus die Langzeitarbeitslosigkeit trotz einer nur durchschnittlichen gesamtwirtschaftlichen Dynamik außergewöhnlich stark gesunken, ebenso ist besonders bei älteren und jüngeren Erwerbspersonen die Arbeitslosigkeit überdurchschnittlich zurückgegangen. Diese Ergebnisse können nicht der konjunkturellen Belebung zugerechnet werden und ebenso wenig einer Ausweitung aktiver Arbeitsmarktpolitik.

Freilich sollte auch klar sein: Der Aufschwung findet seine Ursache nicht in der Agenda 2010. Angebotsseitige Reformen können keine Konjunkturzyklen auslösen. Dieser Aufschwung hatte seinen Anfang in der nach dem militärischen Ende des Irakkrieges einsetzenden weltwirtschaftlichen Dynamik. Die hohen Risikoprämien, welche Investoren und Konsumenten zu Attentismus anhielten, bildeten sich zurück; freilich mit unterschiedlicher Dynamik in den verschiedenen Wirtschaftsräumen. Aber die Stärke der volkswirtschaftlichen Folgewirkung dieses Impulses wurde von der Restrukturierungsleistung der Unternehmen einerseits und der Reformpolitik andererseits befördert. Infolge dessen konnte Deutschland ab dem Jahr 2006 erstmals seit längerem bei der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts wieder mit den großen Wirtschaftsräumen gleichziehen (vgl. Abbildung 7).

Verarbeitung in der Wirtschaftstheorie

Diese aufgezeigten Befunde über den Konjunkturaufschwung ab 2003 sind also unter verschiedenen Gesichtspunkten bemerkenswert. Auch für die Wirt-

¹³ Vgl. K. Brenke, K. F. Zimmermann: Reformagenda 2010 – Strukturreformen für Wachstum und Beschäftigung, in: DIW Wochenbericht, Nr. 11, 2008, S. 123 f.

schaftstheorie sind die skizzierten Zusammenhänge nicht einfach zu verarbeiten, und zwar aus zwei Gründen:

- Zum einen ging die wirtschaftliche Belebung mit einer Makropolitik einher, die nicht nur in Deutschland sowohl als Geldpolitik als auch als Finanzpolitik zunehmend ihren unterstützenden expansiven Impuls zurücknahm. Nach dem 11. September 2001 hatten weltweit die Notenbanken drastisch die Zinsen gesenkt, und die Staatshaushalte waren in enorme Defizite hineingelaufen. Mit der im Jahre 2003 einsetzenden Belebung der Weltwirtschaft bildeten sich diese expansiven Impulse zurück bzw. wurden durch die Zentralbanken gezielt zurückgenommen. In Deutschland waren zudem in den Jahren 2004 bis 2006 die Lohnstückkosten rückläufig. Insofern passt dieser Aufschwung nicht in die Logik der Nachfrage Theorie.
- Zum anderen fällt auf, dass die deutsche Wirtschaft aus dem Aufschwung eine Robustheit zieht, die in der sich seit Jahresanfang 2008 verschärfenden Finanzmarktkrise sowie angesichts der sich verdichtenden rezessiven Tendenzen in den Vereinigten Staaten auffällig ist und die Frage nach der Abkopplung begründet. Angesichts der besonderen Erfolge der deutschen Unternehmen im Strukturwandel, die sich in Wettbewerbsfähigkeit und Marktstellung manifestieren, konnten stärker als andernorts Gewinne aus der Globalisierung mobilisiert werden.¹⁴ Die gegenwärtige gesamtwirtschaftliche Kraft reflektiert dies und begründet eine größere Unabhängigkeit gegenüber Verwerfungen in anderen Regionen der Weltwirtschaft. Hinzu kommt, dass die derzeitigen Krisensymptome weniger ein Ausfluss weltweiter Ungleichgewichte oder Schocks sind, sondern eher die Folge spezifischer Entwicklungen in den USA.¹⁵ Zwar wird auch unter diesen Bedingungen eine Abkopplung bei einer länger währenden Rezession in den Vereinigten Staaten nicht möglich sein, wohl aber eine spürbare Differenzierung. Die größere Gefährdung für die Wirtschaftsdynamik in Deutschland liegt denn auch in einer Wirtschaftspolitik, die vollends den Reformpfad verlässt und die bisherigen Veränderungen wieder zurücknimmt.

¹⁴ Vgl. M. Grömling, K. Lichtblau: Deutschland vor einem neuen Industriezeitalter? IW-Analysen 20, Köln 2006.

¹⁵ Vgl. International Monetary Fund: Spillovers and Cycles in the Global Economy, World Economic Outlook, April 2007, S. 121 ff.